

Ralf Krämer

## **Brauchen wir eine Wagenknecht-Partei?**

**Aufzeichnungen für einen Input auf einer Diskussionsveranstaltung von „Was tun?“ Berlin am 11.12.2023**

Ich bin Mitglied des Bundessprecher:innenrates der Sozialistischen Linken, im Kern einer Strömung in der Linkspartei, vertrete hier aber meine persönliche Auffassung. Ich war etliche Jahre im Parteivorstand der LINKEN und war (wie auch Sahra Wagenknecht) in der Programm- und Redaktionskommission für das Erfurter Programm. Ich bin 2022 ausgetreten nach dem Mitgliederentscheid, dass die Partei ein BGE fordern soll, allerdings gab es auch diverse andere Differenzen, insb. die Friedenspolitik.

Wie man die Frage beantwortet, hängt natürlich von der Einschätzung der politischen Lage ab und von den eigenen politischen Zielen und Ansprüchen.

In meinem Fall sind die eigentlich seit sehr langer Zeit ziemlich stabil und sind zentriert um das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerinteressen, für die Zurückdrängung kapitalistischer Interessen und Kräfte mit der Perspektive, letztlich den Kapitalismus, die gesellschaftliche Vorherrschaft des Kapitals, zu überwinden. Das war schon in den 1980er und 1990ern so, als ich bei den Jusos und damals noch existierenden marxistischen Flügel der SPD aktiv war, das war der Hauptgrund für meinen Austritt aus der SPD 1999, und im Jahr 2004 für meine Initiative zum Aufbau einer neuen Wahlalternative für die bevorstehenden Bundestagswahlen.

Die Zeit damals war einfach reif dafür, bzw. sie schrie nach eine sozialen Alternative, die es geben müsste nach den Hartz Gesetzen, den Riester-Rentenkürzungen und den weiteren Planungen der rot-grünen Agenda 2010. Und weil die PDS in ihrer damaligen Verfassung nicht geeignet war, eine solche Alternative dazustellen – einerseits weil sie in Berlin und anderswo selbst erheblich den neoliberalen Versuchungen verfallen war, speziell hier in Berlin, wo der rot-rote Senat massenweise öffentliche Wohnungen privatisiert hat und auch sonst eine üble Sparpolitik mitgetragen hat, und andererseits, weil sie wenig Bezug zur arbeitenden Klasse hatte und im Westen einfach nicht ankam als primär ostdeutsche Partei, dazu noch SED-Nachfolgerin.

Wir haben dann, die v.a. süddeutsche um die IG-Metaller, Klaus Ernst u.a., gruppierte ASG und die eher norddeutsche und in ver.di und Attac usw. verankerte Wahlalternative gemeinsam die WASG gegründet, die dann 2005 mit Lafontaine und Gysi an der Spitze gemeinsam mit der PDS in den Bundestag einzog und 2007 sich zur Partei DIE LINKE vereinigte. Das war dann zunächst ziemlich erfolgreich, mit dem Höhepunkt der Bundestagswahl 2009 mit Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat und 11,9%. Auf der Basis von Bewegungen und gemeinsamen Positionen gegen Sozialabbau und Neoliberalismus, für die sozialen Interessen der Mehrheit und gegen Kriegsbeteiligung und Auslandseinsätze.

In den letzten zehn Jahren sind dann zunehmend Probleme und Krisenerscheinungen aufgetreten, andere Themen und Konflikte rückten in den Vordergrund:

- Migrationspolitik, „offene Grenzen für alle“, zur Bedeutung des Nationalstaats
- Umgang mit Genderfragen, zugespitzt in „LINKE-Metoo“-Kampagne, mit (Anti)Rassismus, „Identitätspolitik“
- Umgang mit Corona und der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen, scharf gegen Kritiker

- Bedeutung der Ökologiefrage im Verhältnis zu sozialen Fragen, überzogene unrealistische Positionen

Es geht letztlich um die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen man erreichen will und muss, für wen eine Partei in erster Linie da sein will: Für die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitenden, die sozial Benachteiligten, die Rentnerinnen und Rentner, die „normalen Leute“ sozusagen – oder das v.a. junge, akademische, aktivistische linke Milieus in den großen Städten, mit ihren Themen und Prioritäten, die doch oft erheblich andere sind.

Wahlergebnisse: 2009 Arbeiter 18%, 2021 5%, Rentner 12% und 4%, Hauptschule 11% und 2%, aber Hochschulabschluss von 10% auf 7%, Alter 2009 gleichmäßig 12% bis auf 15% bei um die 50-Jährigen, 2021 4-5%, außer bei unter 30-Jährigen 8%. – Aber die Jüngeren bleiben nicht bei der Partei. LINKE 2021 ähnliche Struktur wie bei Grünen.

Ein Stück weit haben wir heute wieder eine ähnliche politische Situation wie 2004. Die Leute wenden sich in Massen von den Regierungsparteien ab und schreien geradezu einer nach politischer Alternative. Die Linkspartei ist dazu nicht geeignet, spricht die Masse der Leute nicht mehr, schreckt sie mit falschen Themen und Schwerpunkten und überzogenen unrealistischen Positionen ab.

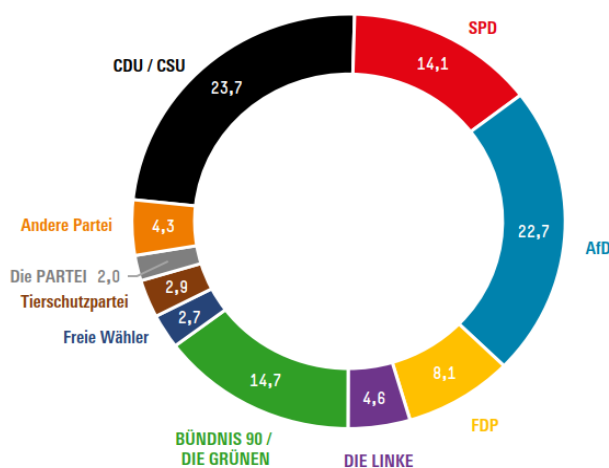
Es ist aber auch einiges anders als 2004: Wir haben heute nicht wie damals eine soziale Bewegung gegen die herrschende Politik, die von links kam bzw. in der Linke politisch den Ton angaben. Obwohl es auch damals Versuche der NPD gab, sich in die Montagsdemos gegen die Hartz-Gesetze zu drängen, aber sie konnten damals rausgedrängt werden und stattdessen führte das zur Stärkung der WASG und der Linken. Das ist heute anders, es gibt diese linken Bewegungen nicht, oder wir sehen sogar in Ostdeutschland Bewegungen, in denen die AfD stark vertreten ist.

AfD erreicht mittlerweile überproportional Erwerbstätige, mittleres Alter, mittlere und einfache Bildungsabschlüsse. Sie könnte auf der Basis der gegenwärtigen Umfragen die wählermäßig stärkste Partei in der traditionellen Arbeiterklasse werden, mehr als verdoppelt seit der Bundestagswahl 2021 – oder das wird die Union. Die SPD ist da jedenfalls völlig abgekackt und die Linkspartei unter 5%. Das ist m.E. eine politische Katastrophe, das darf man nicht so laufen lassen. Das sind auch keineswegs alles oder überwiegend Rechtsextreme, die Mehrheit von denen hat ja bis vor Kurzem noch SPD, CDU/CSU, FDP oder

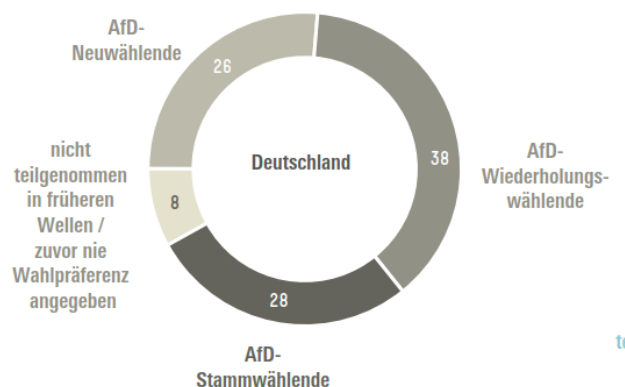
auch DIE LINKE gewählt.

Es gibt dazu eine interessante aktuelle Studie auf der Basis von Erwerbstätigenbefragungen: WSI-Report Nr. 92, November 2023, daraus sind die Grafiken:

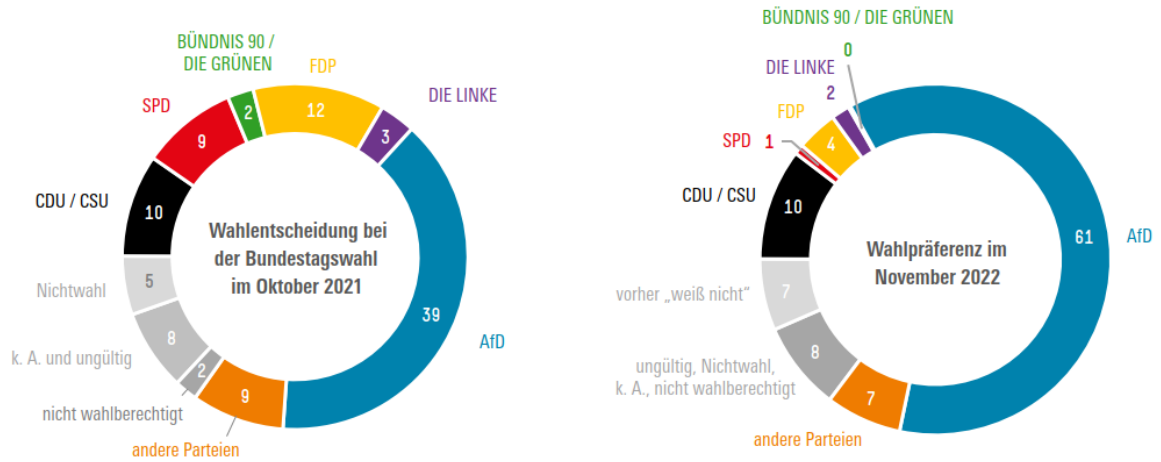
Stimmverteilung zur Sonntagsfrage in der aktuellen Erhebung des WSI-Erwerbspersonenpanels  
Angaben in Prozent



Anmerkungen:  
Nicht berücksichtigt wurden Befragte, die „würde nicht wählen“, „würde ungültig wählen“, „k. A.“, „bin nicht wahlberechtigt“ oder „weiß nicht“ angaben; Fallzahlen: Juli 2023: 3.727.

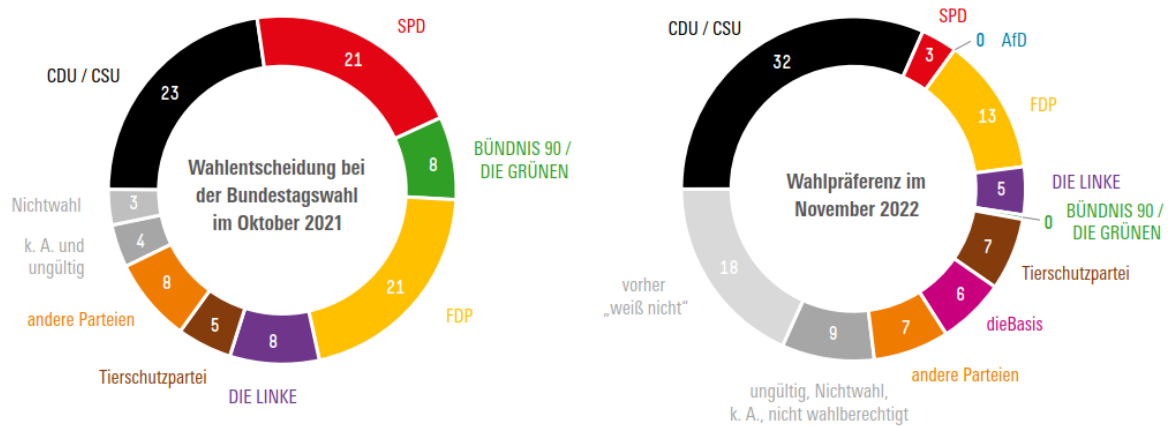


**Vorherige Wahlentscheidung und Wahlpräferenz der aktuell AfD-Wählenden**  
Angaben in Prozent



**Lesehilfe:** Von den aktuell AfD-Wählenden haben zwölf Prozent zur Bundestagswahl 2021 FDP gewählt (linke Abbildung). Von den aktuell AfD-Wählenden haben im November 2022 zehn Prozent angeben, CDU / CSU zu wählen (rechte Abbildung).  
**Anmerkungen:** Berücksichtigt wurden jeweils nur die Fälle, die auch in den beiden jeweiligen Erhebungen teilnahmen; Fallzahlen: linke Abbildung: 585; rechte Abbildung: 666.

**Vorherige Wahlentscheidung und Wahlpräferenz der aktuellen AfD-Neuwählenden**  
Angaben in Prozent

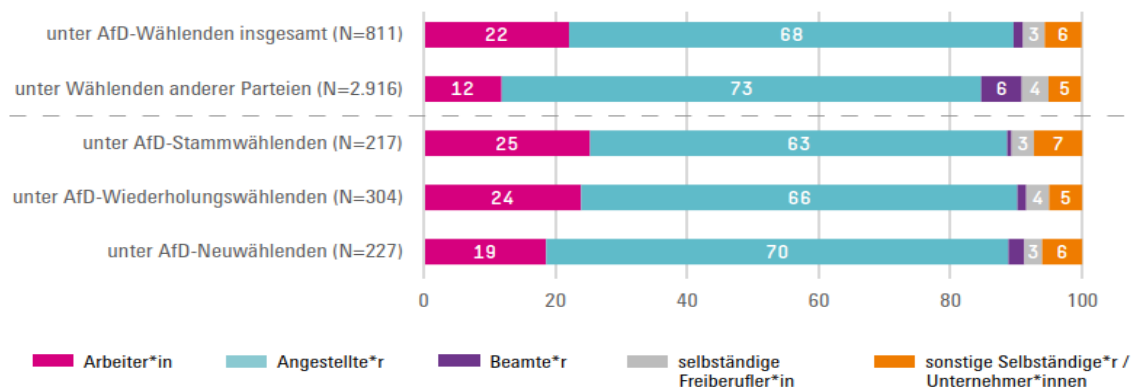


**Lesehilfe:** Von den aktuell AfD-Neuwählenden haben 21 Prozent zur Bundestagswahl 2021 SPD gewählt (linke Abbildung). Von den aktuell AfD-Neuwählenden gaben im November 2022 32 Prozent an, CDU/CSU wählen zu wollen (rechte Abbildung).  
**Anmerkungen:** Berücksichtigt wurden jeweils nur die Fälle, die auch in den beiden jeweiligen Erhebungen teilnahmen; Fallzahlen: linke Abbildung: 172; rechte Abbildung: 186.

Quelle: eigene Berechnung

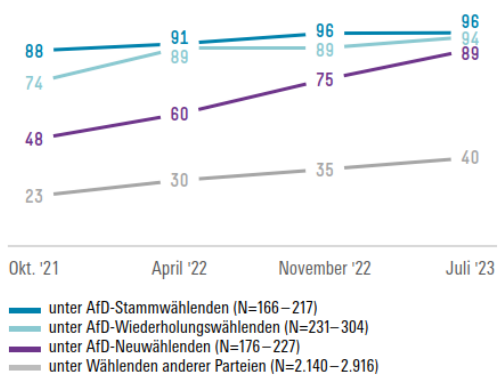
**WSI**

**Anteil Befragte je Tätigkeit, nach Wahlpräferenz**  
Angaben in Prozent



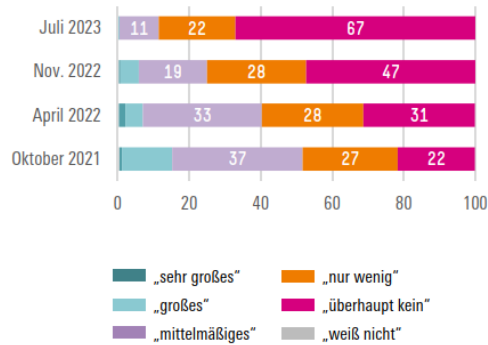
**Lesehilfe:** Unter AfD-Wählenden bezeichnen sich 22 Prozent als Arbeiter oder Arbeiterin, während der Anteil unter Wählenden anderer Parteien 12 Prozent beträgt.  
**Anmerkungen:** Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Arbeiter\*in > Beamt\*in, Angestellte, selbständige Freiberufler\*in\*\*\*, Angestellte > Beamt\*in\*\*\*; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: Arbeiter\*in > Beamt\*in\*\*; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: ns.; \* = p < .05, \*\* = p < .01, \*\*\* = p < .001.

**Anteil der Befragten mit „nur wenig“/„überhaupt kein“ Vertrauen in die Bundesregierung im Zeitverlauf, nach AfD-Wählendengruppe**  
Angaben in Prozent



**Lesehilfe:** Unter den AfD-Neuwählenden stieg der Anteil mit geringem Vertrauen in die Bundesregierung von 48 Prozent im Oktober 2021 auf zuletzt 89 Prozent.  
**Anmerkungen:** Wellen 6, 8, 9, 10.

**Verteilung Vertrauen in die Bundesregierung im Zeitverlauf unter AfD-Neuwählenden**  
Angaben in Prozent

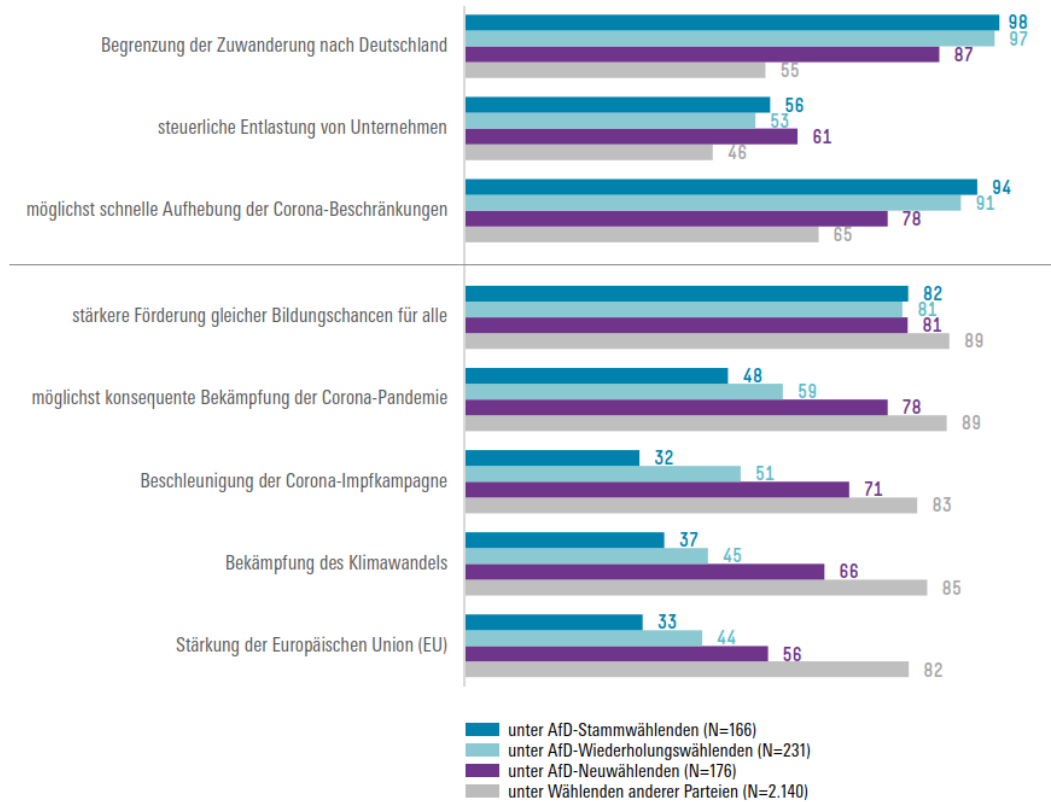


**Lesehilfe:** Gaben im Oktober 2021 22 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden „überhaupt kein Vertrauen“ in die Bundesregierung an, waren es zuletzt 67 Prozent.  
**Anmerkungen:** Wellen 6, 8, 9, 10; N=176–227.

AfD-Wähler leiden überproportional unter schlechten Arbeitsbedingungen, zu geringem Einkommen, steigenden Preisen, sorgen sich um ihre wirtschaftliche und soziale Lage und Zukunft, um ihre Alterssicherung, aber auch um den sozialen Zusammenhalt und die Ungleichheit, fühlen sich insgesamt stark belastet und benachteiligt, haben kein bzw. immer weniger Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, insb. die Bundesregierung und die ÖR-Medien. Wie unterscheiden sie sich noch: stark für Begrenzung der Zuwanderung, kritischer gegenüber der EU, weniger interessiert an Bekämpfung des Klimawandels. Wobei das alles bei den potenziellen „neuen“ AfD-Wählern alles weniger ausgeprägt ist als bei den Stamm- und Wiederholungswählern und hier anscheinend besonders stark mit der Betroffenheit und Sorgen um wirtschaftliche und soziale Situation und Perspektive verbunden ist.

Die Repräsentationslücke wird zunehmend von der AfD gefüllt, und mit bloßer Ausgrenzung der AfD als „rechts“ und „verfassungsfeindlich“ kommt man da nicht weiter. Man muss eine politische Alternative zur Politik der Ampel wie der Union und auch gegen die AfD bieten. Die Linkspartei ist dazu nicht mehr geeignet, spricht die Masse der Leute nicht mehr, schreckt sie mit falschen Themen und Schwerpunkten und überzogenen unrealistischen Positionen ab. Mit einer „offene Grenzen“-Position kommt man da jedenfalls nicht weiter, und mit besonders pro-europäischen und radikal-ökologischen Positionen auch nicht. Andererseits besteht die Aufgabe natürlich darin, diese Menschen anzusprechen und für eine andere Alternative als die AfD zu gewinnen, ohne rassistisch und ausländerfeindlich aufzutreten oder die Gefahren des Klimawandels zu leugnen oder kleinzureden. Das ist m.E. die Aufgabe und das Spannungsfeld, in dem sich die neue Partei bewegen muss.

**Anteil, denen die aufgelisteten Themen beim Start der neuen Bundesregierung im Oktober 2021 wichtig waren, nach aktueller AfD-Wählendengruppe**  
Angaben in Prozent



**Lesehilfe:** 98 Prozent der AfD-Stammwählenden gaben kurz nach der Bundestagswahl 2021 die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland als wichtiges Thema an; unter AfD-Neuwählenden gaben dies 87 Prozent an.

**Anmerkungen: oberer Block:** Themen, die jetzigen AfD-Neuwählenden wichtiger waren als Wählenden anderer Parteien; **unterer Block:** Themen, die jetzigen AfD-Neuwählenden weniger wichtig waren als Wählenden anderer Parteien; Dargestellt sind Werte 1 bis 3 auf 7-stufiger Skala mit Extremwerten 1 = „sehr wichtig“ und 7 = „überhaupt nicht wichtig“; Wellen 6 und 10, Oktober 2021 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: alle abgebildeten\*\*\*; Signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Zuwanderung\*\*\*, Aufhebung Corona-Beschränkungen\*\*\*, Pandemiebekämpfung\*\*\*, Impfkampagnenbeschleunigung\*\*\*, Klimawandelbekämpfung\*\*\*, EU-Stärkung\*\*\*; \* = p < .05, \*\* = p < .01, \*\*\* = p < .001.

Weniger kompliziert ist es m.E. in der Friedenspolitik. Die Linkspartei versagt hier weitgehend, nimmt keine klare Gegenposition ein, widerspricht den Propagandaerzählungen der NATO und Regierungen nicht, trägt die Politik des Wirtschaftskrieges mit. Das ist auch für mich selbst ein ganz wichtiges Thema, war ich doch in den 1980er Jahren sehr aktiv in der Friedensbewegung in Westdeutschland. Seitdem ist da allerdings viel verloren gegangen an Bewusstsein, Kenntnissen und insb. kritischer Haltung gg. NATO und USA. Man kann diskutieren, ob und nach welchen Kriterien vielleicht auch China oder Russland imperialistisch sind, aber egal wie man es definiert ist klar, dass die USA die imperialistische Hauptmacht auf dem Planeten sind. Die einzige mit einem weltweiten Dominanzanspruch, insgesamt die am meisten konfrontativen, aggressiven und militärisch orientierten Politik machen, über 800 Militärstützpunkte, der kriegerischste Staat ever, mischen sich überall ein. EU und Deutschland spielen da mit und zwar zunehmend offensiv, es ist nötig da eine klare Gegenposition zu beziehen gegen Kriegsbeteiligung, gegen Aufrüstung, gegen imperialistisches Gebilde. Deutsche Kriegsschiffe haben im südchinesischen Meer nichts zu suchen, genauso wenig wie chinesische in der Nordsee. DGAP-Studie Aufrüstung gegen Russland – kein Gedanke an Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Aktuell und in den nächsten Jahren wird die Aufrüstung und Unterstützung von Kriegen, insb. in der Ukraine durch Waffen und Geld, auch ein zunehmend zentral wichtiges Thema in Zusammenhang mit der Finanzpolitik und damit der Sozialpolitik. Ohne Aufrüstung also bei Rüstung auf dem Niveau der vergangenen Jahre, stünden etwa 30 Mrd. Euro im Jahr mehr zur Verfügung für andere Ausgaben, insb. für den Sozialstaat. Zuletzt fehlten für den Bundeshaushalt 2024 angeblich noch 17 Mrd. Euro, das wäre damit schon locker erledigt. Es

ist ein echtes Problem, dass das in der Diskussion um das Finanzloch fast gar nicht vorkommt. Gewerkschaften und Sozialverbände schweigen es tot und von der Linkspartei hör ich da auch nichts. Umso wichtiger wäre, dass das BSW dazu laut und deutlich Position bezieht. Dazu kämen noch gigantische Kosten, wenn ernsthaft die Ukraine in die EU aufgenommen werden sollte, obwohl sie in keiner Weise die Mindestkriterien dafür erfüllt. Das ist daher aber auch eher unwahrscheinlich, auch Widerstände Frankreich, Polen usw.

Also: M.E gibt es die klare politische Notwendigkeit, eine neue politische Kraft aufzubauen ist, und dass das nach Lage der Dinge nur das Bündnis Sahra Wagenknecht sein kann (das nicht auf die Dauer so heißen soll, aber erst mal macht das Sinn). Aber wie sollte eine solche Partei aussehen und wie sollte sie auftreten? Und wie wird sie, also das Bündnis Sahra Wagenknecht, wahrscheinlich auftreten und wie kann sich das weiter entwickeln?

Es gibt ja mittlerweile den Verein Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit. Auf der Website sind diverse Texte veröffentlicht und die Partei, die Anfang 2024 gegründet werden soll, wird sich politisch im Kern so aufstellen, wie es da zu sehen ist, insb. im Gründungsmanifest, das wahrscheinlich im Wesentlichen auch das vorläufige Parteiprogramm werden wird. Als zentrale Punkte sind da benannt:

- Wirtschaftliche Vernunft, für leistungsfähige Wirtschaft und funktionierende Infrastrukturen und öffentliche Leistungen, Schutz der Industrie und des Mittelstands, gegen Sanktionen und undurchdachte Klimapolitik
- Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, v.a. für die arbeitenden Familien, gute Löhne, gerechte Steuern
- Frieden, eigenständige Friedenspolitik und internationale Zusammenarbeit statt Unterordnung unter US- und NATO-Konfrontationspolitik
- Freiheit, insb. Meinungs- und Redefreiheit. Enthalte ist eine Abgrenzung gegen rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien

Da steht nichts davon, dass sich das BSW als „links“ definiert schon gar nicht steht da etwas von „sozialistisch“. Da der Begriff „links“ mittlerweile in erheblichem Maße mit Positionen und Haltungen verbunden wird, die viele Menschen abschrecken, ähnliches gilt für „sozialistisch“, finde ich das soweit durchaus sinnvoll. Ich erinnere daran, dass das bei WASG nicht anders war, auch da stand nichts von links und von sozialistisch. Das ändert nichts daran, dass das Programm im Kern im traditionellen Sinne links ist, ein Stück weit könnte man sogar sagen traditionell sozialdemokratisch.

Ich habe aber durchaus Kritikpunkte und weitergehende Anforderungen.

Sozusagen antimonopolistische Bündnisorientierung und Stoßrichtung v.a. gegen das große und in hohem Maße von US-basierten Fonds kontrollierte Kapital und eine falsche Wirtschaftspolitik finde ich richtig, aber es gibt weiter Lohnarbeit-Kapital-Gegensatz auch in KMU. Klassenorientierung, klare Parteilichkeit und Bezug auf Gewerkschaften fehlt. Das erschwert es auch in gewerkschaftlichen Kreisen auf die neue Partei zu orientieren.

Ich fände auch sinnvoll, wenn Kapitalismuskritik etwas expliziter formuliert würde, auch unter Nennung des Wortes. M.E. ist das durchaus populär möglich, ohne Leute abzuschrecken. Das wäre m.E. wichtig, um die linke und sozialistische Tradition der Arbeiterbewegung aufzugreifen und Leuten (wie es sie wahrscheinlich hier auch viele gibt) eine politische Heimat zu bieten, die sich weiterhin als Sozialistinnen und Sozialisten verstehen.

Es wird m.E. auch in der Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik nötig sein, klarer und konkreter zu werden auch in der Frage, wie die notwendigen Verbesserungen öffentlicher und sozialer

Leistungen bezahlt werden sollen. Also Themen Besteuerung der großer Vermögen und Erbschaften und hoher Einkommen und Bürgerversicherung.

Problematisch oder unzureichend finde ich auch Formulierungen zum Thema Umwelt- und Klimapolitik. BSW leugnet die Probleme nicht, kritisiert dann aber v.a. die falsche Politik der Regierung, Stichwort Heizungsgesetz und US-Fracking-Gas statt Pipelinegas aus Russland. Das ist ja ok., aber reicht m.E. nicht, sagt zu wenig, wie stattdessen eine wirksame Klimapolitik gemacht werden soll. „Neue Technologie“ entwickeln reicht da nicht. So wird es kaum möglich sein, Menschen zu gewinnen, denen das Umweltthema wichtig ist, auch wenn sie ansonsten auf unserer Seite sind und unsere Kritik richtig finden.

Letztlich wird es darauf ankommen und hoffe ich, dass es in der neuen Partei dann konstruktive vorwärtsweisende Diskussionen und Weiterentwicklungen des Programms geben wird. Die neue Partei wird sich nicht erlauben dürfen und das ist auch nicht sinnvoll einen Stil des innerparteilichen Streits wie das in der LINKEN üblich war. Das sollte alles sachlich unter Betonung der gemeinsamen Ziele laufen. Letztlich muss das auch ein stärker kollektiver Prozess sein, als es bisher offenbar der Fall ist, wo letztlich Sahra Wagenknecht bestimmt, wo es lang geht, wenn ich das richtig sehe. Das wird auch gar nicht anders gehen, weil die neue Partei selbstverständlich eine demokratische Struktur und Willensbildung haben muss, das gibt schon das Parteiengesetz vor.

Es ist klar, dass Sahra Wagenknecht und ihre Popularität ein zentraler Faktor für die Erfolgsaussichten eines solchen Projekts sind. Aber es wird auch andere Personen geben müssen, die für die neue Partei sprechen, das ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch richtig und nötig, dass die auch andere Akzente setzen, einiges anders sagen als sie es tut. Nur so werden wir auf die Dauer das notwendige politische Spektrum ansprechen können, das wir für die Partei brauchen.

Aber das reicht auf die Dauer nicht aus, eine neue Partei braucht viele Aktive, überall im Land. Und zwar vernünftige Leute, keine Rechten, keine Glücksritter und Karrieristen oder Leute, die sonstwie durch ihr Auftreten andere abschrecken und vertreiben, auch keine linken Sektierer, die den Leuten Propaganda von Klassenkampf, Antiimperialismus und Revolution um die Ohren schlagen. Dass Ihr mich nicht missversteht: Klassenkampf findet in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ständig statt und man muss da auf der richtigen Seite stehen, eine Position gegen den Imperialismus ist richtig und nötig und die Vorherrschaft des Kapitals sollte zurückgedrängt und letztlich überwunden werden. Aber in der Kommunikation mit den Leuten muss man sich auf die Fragen konzentrieren und so reden, dass sie das verstehen, nachvollziehen können und nicht abgeschreckt werden. Es muss deutlich werden, dass wir ganz konkret die Interessen der Leute vertreten und sie nicht sozusagen nur als Instrumente wollen, um eigene politische Ziele voranzubringen.

Es geht um kontrolliertes Wachstum. Zum Glück gibt es eine Regelung im Parteiengesetz, dass Mitgliedsanträge ohne Begründung auch abgelehnt werden können. Aber letztlich muss eine Partei möglichst flächendeckend vertreten und politisch handlungsfähig sein, muss also viele Mitglieder haben wollen, und letztlich kann man nicht völlig kontrollieren und vorher wissen, wohin sich das entwickelt. Darum fände ich wichtig, dass sich letztlich auch viele von denen, die jetzt hier sind, die aus der Linken kommen, die in Gewerkschaften sind, die bei Aufstehen sind, sich bei der neuen Partei wiedersehen. Eine wichtige Aufgabe wird auch sein, Jüngere anzusprechen, die bisher bei den Aktiven noch nicht sehr stark dabei sind.